

Bündnisgrüne als Zünglein an der Waage

SPD und CDU stellen Kandidaten für den Bürgermeister

WEDDING Ob Bürgermeister Hans Nisble (SPD) Rathauschef bleibt, ist noch unklar. Die Grünen als das "Zünglein an der Waage" haben sich bisher nicht entschieden, ob sie mit der SPD oder CDU eine Zählgemeinschaft eingehen wollen.

Die CDU verfügt in der neuen Bezirksverordnetenversammlung über 19, die SPD über 18 und die Bündnisgrünen über 8 Sitze.

"Konkrete Ergebnisse aus den Gesprächen mit CDU und SPD gibt es noch nicht", sagt Dorothea Salje, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen. Zunächst ginge es darum, den eigenen Kandidaten für einen Stadtratsposten zu bestimmen. Noch bis zum kommenden Wochenende laufen die Bewerbungen.

Zu den Kandidaten mit Bezirksamts-Erfahrung gehören der jetzige Steglitzer Umweltstadtrat Udo Bensele und der Kreuzberger Volksbildungsstadtrat Dirk Jordan. "Wir haben genügend Interessanten", schätzt Dorothea Salje ein.

Ausgewählt werde auch nach dem Ressort, das die Grünen künftig besetzen werden. "Wir könnten uns die Ressorts Wirtschaft/Verkehr/Umwelt, Bau sowie Jugend vorstellen", erklärt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Die SPD geht mit ihrem Bürgermeisterkandidaten Hans Nisble ins Rennen. Für einen Stadtratsposten ist der jetzige Baustadtrat **Bernd Schimmler** erneut nominiert. Entscheidungen über die Ressortverteilung stünden noch aus, so die SPD-Fraktionsvorsitzende Hannelore Jahn. "Wir hoffen, daß wir mit den Bündnisgrünen für die Wahl des Bürgermeisters eine Zählgemeinschaft bilden können", so Hannelore Jahn.

Die CDU tritt mit dem derzeitigen Wirtschafts- und Finanzstadtrat Dieter Havlicek als Bewerber für das Bürgermeisteramt an. "Wir haben den Grünen einen weiteren Gesprächstermin angeboten", sagt Havlicek. Die 37jährige Elke Gassert wurde für einen Stadtratsposten nominiert.

"Wir wollen bis zum Ende des Jahres die Gespräche mit den anderen Parteien abgeschlossen haben, drängen lassen wir uns allerdings nicht", sagt Dorothea Salje. Die Verhandlungen könnten auch bis in den Januar vertagt werden, falls keine Einigung zustande käme.

Berliner Zeitung vom 23.11.1995